

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,
Kober & Comp., Nr. 1208.

Organ für das werktätige Volk

Kontokonto:
Gebr. Arnold, Dresden
und Taubf. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementspreis einschließlich Frachtkosten mit dem wöchentlichen Beilagen „Was der Arbeit“ und „Soll und Zeit“ für einen halben Jahr 100 Goldpfennig, Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Telegraphische Adressen: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Telefon 25 261.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Reklamengruppe 30 Goldpf., die 30 mm breite Reklamengruppe 150 Goldpf., für auswertige Anzeigen 35 und 200 Goldpf., Familienanzeigen, Stellen- u. Mietsgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefmarkenlegung 10 Goldpf.

Nr. 247

Dresden, Dienstag den 21. Oktober 1924

35. Jahrg.

Ende des Inflations-Reichstages

Kabinettsbeschluss für Neuwahlen — Der Reichspräsident verfügt die Auflösung — Das Volksurteil als Rettung

Berlin, 20. Oktober, 7 Uhr abends. Amtlich wird gemeldet: Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Kabinetts den Reichstag aufgelöst! Die Verordnung, mit der der Reichspräsident die Auflösung des Reichstags vollzieht, hat folgenden Wortlaut:

„Parlamentarische Schwierigkeiten machen die Beibehaltung der gegenwärtigen Reichsregierung und gleichzeitig die Bildung einer neuen Regierung auf der Grundlage der bisher befolgten Innen- und Außenpolitik unmöglich. Auf Grund des Art. 25 der Reichsverfassung löse ich deshalb den Reichstag auf.“

Berlin, den 20. Oktober 1924.

Der Reichspräsident: gez. Ebert.
Der Reichkanzler: gez. Marx.

Offiziell wird die Auflösung des Reichstags wie folgt begründet: „Die Bemühungen des Reichkanzlers, die jetzige Reichsregierung zu erweitern und ihr eine sichere Mehrheit im Reichstag zur Fortführung der bisherigen Politik zu verschaffen, sind endgültig gescheitert. Daraufhin hat der Reichspräsident, da sich ein anderer gangbarer Weg nicht zeigte, in Übereinstimmung mit dem gesamten Reichskabinetts beim Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstags beantragt, um dem Volke Gelegenheit zu geben, eine neue Mehrheit zu schaffen. Der Reichspräsident hat dem Antrag des Reichkanzlers entsprochen.“

Die Nachricht von der Auflösung des Reichstags wird von dem größten Teil des Volkes geradezu als eine Erleichterung empfunden. Der Reichstag, der am 4. Mai gewählt wurde, war eine Art Nachgeburt der Inflationszeit. Die Erbitterung über die Not der ärgsten Inflationsmonate ätzte sich in den Köpfen noch. Die ruhige Besinnung war noch nicht zurückgekehrt. Die Folge war, daß die extremen Parteien von rechts und links eine Zahl von Stimmen und Mandaten bekamen, die sie nie hätten erhalten können, wenn nicht so vielen Wählern die ruhige Überlegung verlorengegangen wäre. Acht Tage, bevor in Frankreich der Polnarcismus seine Hauptgeschlagen wurde, bekamen wir in Deutschland einen Reichstag, in dem die Reaktion eine viel größere Macht darstellte als vordem. Jetzt glaubten die Deutschnationalen, daß ihre Zeit gekommen sei und forderten gebieterisch ihre Aufnahme in die Reichsregierung. Dabei stellten sie aber so unüberwindliche Bedingungen, daß sie bei den bürgerlichen Mittelparteien Widerstand fanden. Dagegen bei den Deutschvolksparteilern und bei dem rechten Flügel des Zentrums starke Neigung zu einem Bündnis mit den Deutschnationalen vorhanden war, blieb doch die Regierung Marx hinter der nur ein kleiner Teil des Reichstags stand, damit der Aufbau der Sozialdemokratie am Ruder.

Trotz ihrer parlamentarischen Schwäche gelang es der Regierung Marx, mit der Entente die Vereinbarung über die Annahme des Sachverständigenrats zustande zu bringen und die dazu notwendigen Gesetze im Reichstag zur Annahme zu bringen. Was sich dabei und nachher ereignete, ist eine jämmerliche Komödie des deutschen Parlaments. Die Deutschnationalen, die noch kurz zuvor die Annahme des Sachverständigenrats als ärgsten Vaterlandsverrat bezeichnet hatten, erndeten jetzt aus Furcht vor einer Reichstagsauflösung die Annahme des Sachverständigenrats. Bei der entscheidenden Abstimmung über das Eisenbahngesetz zerfielen sie in zwei Hälften, schalteten sich dadurch selbst aus und nur deshalb konnte die notwendige Zweidrittelmehrheit zustande kommen. Aber unsonst ist der Tod. Als Lohn für ihren Umsturz forderten sie erneut die Aufnahme in die Regierung und nun begann ein Hin- und Herbewegen, wie es erbärmlicher die Weltgeschichte kaum gesehen hat. Bei den Verhandlungen vor der Annahme des Eisenbahngesetzes hatte die Deutsche Volkspartei den Deutschnationalen zugesichert, für ihre Aufnahme in die Regierung einzutreten, wenn die Deutschnationalen die Verantwortung für das Sachverständigenratsgutachten mit übernehmen. Die Deutschnationalen hatten diese Bedingung nicht erfüllt, waren sie doch nur zur Hälfte für das Eisenbahngesetz eingetreten. Aber in der schwerindustriellen Seele der Deutschen Volkspartei war die Sehnsucht nach dem Bürgerblock ebenso stark wie die Sehnsucht der Deutschnationalen nach Ministerposten. Wie hatten die Deutschnationalen in all den Jahren seit der Revolution über die angebliche Futtermittelpolitik der Vorkriegsparteien geschmäht, aber jetzt zeigte sich, daß ihre eigene Futtermittelpolitik von niemand übertrifft werden kann. Auf einmal taten sie so, als wenn sie bereit wären, auf den Boden des Sachverständigenratsgutachtens zu treten. Auch in ihren Ansprüchen wurden sie von Tag zu Tag bescheidener, nur um die so heiß ersehnten Ministerposten zu bekommen. Eine klägliche Rolle bei dem Schacher spielte die Deutsche Volkspartei, die sich freuz und frumm legte, um die Deutschnationalen in die Regierung hineinzubringen. Und so kam es denn zu dieser sich über Wochen hinziehenden

den Regierungskrise, die jetzt glücklicherweise durch die Auflösung des Reichstags ein Ende gefunden hat.

Die bevorstehenden Wahlen werden für das deutsche Volk von größter Bedeutung sein. Es gilt für das deutsche Volk, den schweren Irrtum des 4. Mai zu korrigieren, wenn wir nicht wieder den größten Gefahren entgegengehen wollen. Das Sachverständigenratsgutachten legt die Lasten für die Wiedergutmachung zum größten Teil auf die Schultern der breiten Massen des Volkes. Es gilt nun für die übrigen Ausgaben des Reiches, der Länder und Gemeinden die Befähigung, die in der Zeit der Inflation vom Steuerfiskus so sanft angedrückt wurden, in gewöhnlicher Weise heranzugreifen. In der schärfsten Weise wird im neuen Reichstag der Kampf um die Lastenverteilung entbrennen. Es gilt dafür zu sorgen, daß die indirekten Steuern nicht in unerträglicher Weise erhöht werden. Die Umsatzsteuer muß so bald als möglich beseitigt, die Besitzsteuern, besonders die Erbschaftsteuer, müssen erhöht werden.

Der neue Reichstag wird ferner zu entscheiden haben über die Gestaltung unserer Volkswirtschaft. Es besteht die Gefahr, daß Industriemagnaten und Großagrarier gemeinsam einen Feldzug unternehmen, um durch hohe Zölle den Massen des Volkes gewalttätige Summen aus den Taschen zu ziehen. Trotzdem die Getreidepreise auf eine nie erreichte Höhe gestiegen sind, ist immer noch nicht die Vorlage zurückgezogen, die uns wieder die Wucherzölle der Vorkriegszeit bringen soll. Jeder Pfennig ober, um den durch eine solche Politik der Brotpreis in die Höhe getrieben wird, bedeutet für die breiten Massen eine Verschlechterung der Ernährung, bedeutet eine neue schwere Gefahr für die Gesundheit unseres Volkes, bedeutet, daß so und so viele Tausende Kinder mehr infolge Unterernährung als Sieche und Kranke hinaus ins Leben gehen. Eine Verteuerung der deutschen Lebenshaltung ist aber auch eine schwere Gefahr für die Konkurrenzfähigkeit der Industrie und droht die Arbeitslosigkeit zu vergrößern, die eine so schwere Geißel für die Arbeiterschaft ist.

Der kommende Reichstag wird weiter auch wichtige kulturelle Fragen zu lösen haben, das Reichsstaatsgesetz harret noch seiner Erledigung, und wie futuristisch dieses Gesetz ausfallen würde, wenn wir eine reaktionäre Reichstagsmehrheit bekommen, darüber braucht nicht mehr viel gesagt zu werden.

Die schwersten Gefahren für das deutsche Volk aber liegen auf außenpolitischem Gebiet. Haben etwa die Raketen so aus, daß wir einen Bürgerblock unter deutschnationaler Führung und eine entsprechende Regierung bekommen, so wird das Mikrotönen in der Welt gegen Deutschland, das jetzt infolge der internationalen Erklarung der demokratischen und bürgerlichen Kräfte zu schwinden beginnt, von neuem aufleben. Der Bürgerblock unter Hergts Führung in Deutschland brächte, wenn nicht alles täuscht, eine Erklarung der Polnarcos und Kompanie in Frankreich, der Anhänger einer rückwärtsstrebenden Gewaltspolitik gegen Deutschland. Wir haben im neuen Deutschland schon einmal eine stark rechtsgerichtete Regierung gehabt, die Regierung Cuno, die unter Helfferichs verhängnisvollem Einfluß stand. An den Erfahrungen, die wir mit der Regierung Cuno machten, müßte wahrlich das deutsche Volk genug haben. Die klägliche Affäre der Kriegsschuldnote hat uns ja einen Vorgeschmack gegeben von dem, was wir von einer Bürgerblockregierung nach dem Rezept Hergts-Stresemann zu erwarten haben. Was war das für ein jämmerliches Frage- und Antwortspiel, bei dem es an dem einen Tage hieß, wir wollten, und am andern, wir wollten nicht.

Wir brauchen heute in Deutschland eine Regierung, die willens ist, den jetzt glücklichen begonnenen Weg der Verständigung mit den Ententevölkern weiterzugehen. Wir brauchen eine Regierung, die sich offen und ehrlich bezieht, erklärt, in den Völkern einzutreten, damit Deutschland in der Welt wieder als ein gleichberechtigtes Mitglied der Völkergemeinschaft angesehen wird. Wir brauchen einen Reichstag, der entschlossen ist, der Ausbeutung des Volkes durch Großagrarier und kapitalistische einen Damm entgegenzusetzen, der bereit ist, die Arbeitslosen zu beschäftigen, den Achtstundentag in Deutschland wieder durchzuführen.

Die Macht der Arbeiterklasse ist heute leider zu sehr geschwächt durch ihre Zersplitterung. Aber so manchem Arbeiter dürften die Vorgänge, die sich im Reichstag, Staats- und Gemeindeparslamenten abspielten, die Augen darüber geöffnet haben, daß ihnen das wisse Vertrauen der kommunistischen Schreihäse auch nicht das geringste nützt. Trotz ihren revolutionären Redensarten haben allerdings die Kommunisten der Reaktion die ärgsten Hefersdienste geleistet. Soll es mit dem Einfluß der Arbeiterklasse wieder vorwärts gehen, so kann das nur geschehen, wenn sich die gesamte Arbeiterschaft zusammenschließt unter dem Banner der Sozialdemokratie im Kampfe für die Demokratie, für den Sozialismus.

Die letzte Erklärung der Demokraten

Der Reichkanzler übermittelte der Fraktion der Demokraten und Deutschnationalen 21 Stunden vor dem Beschluß

zur Auflösung des Reichstages je ein Schreiben, das sich mit der parlamentarischen Lage befaßte. Die Demokratische Fraktion hat dem Reichkanzler auf diesen Brief durch die Übermittlung folgender Entschiedenheit eine Erwiderung zugeben lassen:

Die Deutsche Demokratische Fraktion hat wiederholt erklärt, daß nicht der geringste Grund für die Durchführung einer Regierungskrise vorgelegen hat. Wenn der Herr Reichkanzler sich entsprechend dem Geist der Verfassung entschloß, unbestimmt um die schwankende Haltung einzelner Fraktionen mit dem jetzigen Kabinetts vor dem Reichstag zu treten, so würde dieses Kabinetts von dem Reichstage ein glattes Vertrauensvotum erhalten.

Die schwere außenpolitische Gefahr, die mit der Einberufung der Deutschnationalen in das Kabinetts bei ihrer unsicheren außenpolitischen Haltung verbunden ist, hat die deutsch-demokratische Fraktion wiederholt zu dem Beschluß veranlaßt, eine einseitige Verbreiterung des Kabinetts noch rechts nicht mit ihrer Verantwortung zu bedenken. Die geplante Zusammenziehung des neuen Kabinetts, in das auch Deutschnationalen berufen werden sollen, die sich dem Vertrauensvotum gegenüber ablehnend verhalten haben, kann die deutsch-demokratische Fraktion in ihrer Haltung nur bestärken.

Tag die Fraktion, die dafür eintritt, das jetzige Kabinetts in seiner Weisheit zu erhalten, ihre Zustimmung dazu gäbe, ein Mitglied ihrer Fraktion in einem ohne sie neu gebildeten Kabinetts zu befragen, und daß sie durch einen derartigen hohlen Verstoß unklare Verantwortlichkeiten schafft, ist ein Verlangen, dem die Fraktion nicht entsprechen kann.

Parteien und Mandate

Der am 4. Mai 1924 gewählte Reichstag zählte nicht weniger als 11 Fraktionen. Die amtlichen Wahlergebnisse vom 4. Mai waren folgende:

Abgegeben wurden im ganzen Reich 29 388 391 Stimmen. Davon erhielten Stimmen und Mandate:

Partei	Stimmen	Mandate
Sozialdemokratie	6 014 380	100
Deutschnationale	5 778 313	96
Zentrum	3 920 798	65
Kommunisten	3 746 671	62
Deutsche Volkspartei	2 640 484	44
Deutschnationale	1 924 553	32
Deutschnationale	1 657 957	28
Bayerische Volkspartei	946 649	16
Bayerischer Bauernbund	684 395	10
Landliste	574 280	10
Deutschnationale Partei	319 779	5
Deutschnationale Partei	337 924	4

Die auf der Landliste gewählten 10 Abgeordneten treten der Deutschnationalen Fraktion bei, so daß sie zur stärksten Fraktion des Reichstages (106 Abgeordnete) wurde.

Neuwahlen vielleicht am 23. November

Eine Berliner Meldung besagt: Eine Vollziehung des Reichstages wird nicht mehr stattfinden, da die Auflösung des Reichstages infolge von der Reichsregierung amtlich bekanntgemacht werden wird. In der Geschichte des Reichstages ist bisher nur einmal, nämlich im Jahre 1878 beim Erlaß des Sozialistengesetzes, der Fall eingetreten, daß die Auflösung nicht vor dem Reichstage, sondern nur durch den Reichsanzeiger verkündet wurde. Die Neuwahlen zum Reichstage werden, wie der Soz. Parlamentsdienst erfährt, vielleicht schon auf den 23. November festgesetzt werden, doch ist der 23. November der sogenannte „Totensonntag“. Es ist möglich, daß deshalb der folgende Sonntag, 30. November, in Betracht kommt. Hierbei soll erst mit Preußen und Hessen eine Verständigung erfolgen, da diese beiden Länder zugleich ihre Landtage am gleichen Sonntag wählen wollen.

Fraktions- und Parteiausführung

Der Parteivorstand gibt bekannt: Wegen der Auflösung des Reichstages findet die Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion am Mittwoch den 27. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Fraktionszimmer des Reichstages statt. Gleichzeitig tagt der Parteiausführung, dessen Mitglieder ohne besondere Einladung ebenfalls zu dieser Sitzung erscheinen müssen.

Zugleich preussische Landtagswahlen

Aus dem Preussischen Landtage wird uns mitgeteilt: Da der Geschäftsordnungsausschuß des Preussischen Landtags in der vergangenen Woche einstimmig beschlossen hatte, im Falle einer Auflösung des Reichstages die im Frühjahr fälligen Preussenwahlen zusammen mit den Reichstagswahlen stattfinden zu lassen, unterliegt es keinem Zweifel, daß, nachdem nunmehr die Würfeln im Reich gefallen sind, auch der Preussische Landtag ein vorzeitiges Ende erreicht. Alle Parteien des Preussischen Landtages sind sich einig, die Wahlen im Reich und in Preußen gemeinsam stattfinden zu lassen, wozu um die den Parteien entstehenden hohen Kosten zu vermindern und einer Wahlmüdigkeit der Wähler vorzubeugen.